



Medienmitteilung

Sparprogramm Bund

Der Bund setzt mit dem Sparprogramm beim öV das falsche Signal

Nachdem der Bundesrat die Botschaft zum Konsolidierungsprogramm 2012-2013 (Sparprogramm) verabschiedet hat und die Auswirkungen für den öffentlichen Regionalverkehr bekannt sind, nehmen die Direktoren des öffentlichen Verkehrs der Zentralschweiz Stellung. Entgegen der Pflicht, der erhöhten Nachfrage im öffentlichen Verkehr gerecht zu werden, zieht sich der Bund schleichend aus dieser Verbundaufgabe im Verkehr zurück. Springen die Kantone für den Bund nicht ein, hätte der öffentliche Verkehr in der Schweiz das Nachsehen.

Da die Mobilität überproportional wächst, nehmen auch die damit verbundenen Aufgaben bei Bund und Kantonen überproportional zu. Gerade im öffentlichen Verkehr, wo Bund und Kantone seit Jahren eine nachfrageorientierte Verkehrspolitik verfolgen, sind die Wachstumsraten weit über der jährlichen Teuerung. Bei der Bundesabgeltung im öffentlichen Regionalverkehr besteht deshalb ein Nachholbedarf, für welchen in der Vergangenheit immer mehr die Kantone einspringen mussten. Die Reduktion der Budgetvorgaben auf die aktuell tiefe Teuerung führt faktisch zu einem schleichenden Rückzug des Bundes aus seinen Aufgaben im öV. Matthias Michel, welcher die Zentralschweizer Direktorenkonferenz für den öffentlichen Verkehr (ZKöV) präsidiert, äussert sich dazu dezidiert: „Beim öffentlichen Regionalverkehr wird am falschen Ort gespart, weil damit in einem Sachbereich gespart werden würde, der sich überdurchschnittlich entwickelt und für den Wirtschaftsstandort Schweiz mittlerweile einen ausschlaggebenden Faktor einnimmt.“

Forderung nach konsequenter Verkehrspolitik

Die Aufteilung des Sparprogramms auf verschiedene Titel (Aufgabenüberprüfung, Konsolidierungsprogramm, Teuerungskorrektur oder Zinsersparnis) darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass in der Summe im Verkehrsbereich massive Kürzungen geplant sind. Zudem besteht die Gefahr, dass die auf zwei Jahre befristeten Massnahmen weitergeführt werden. Wenn diese Kürzungen nicht zur laufend zunehmenden Mehrbelastung der Kantone beitragen sollen, müsste der Bund in der Konsequenz auf bisherige Aufgaben in der Verkehrspolitik verzichten. Dazu Matthias Michel: „Der Regionalverkehr ist eine Verbundaufgabe. Deshalb müsste die Erarbeitung von konkreten Sparvorschlägen in enger Zusammenarbeit mit den Kantonen erfolgen. Die vorliegenden Sparvorschläge im öV bewirken aber eine Lastenverschiebung. Der Bund verabschiedet sich schlei-

chend, die Kantone müssen einspringen; damit wird die Verbundaufgabe zu einer einseitigen Sache zulasten der Kantone.“

Luzern, 6. September 2010

RÜCKFRAGEN

RR Matthias Michel, Präsident ZKöV, Tel. 041 728 55 00 und matthias.michel@zg.ch

Daniel Meier, Sekretär ZKöV, Tel. 041 228 47 21 und daniel.meier@verkehrsverbund-luzern.ch